

Kirchen im Zwiespalt

Von Henrike Berger

In der Krise suchen die Menschen in Zimbabwe verstärkt Zuflucht bei der Kirche, psychisch, um sich zu stärken für die Bewältigung des harten Alltags, physisch als Zufluchtsort vor staatlichem Terror. Innerhalb und zwischen den Einzelkirchen gibt es allerdings sehr unterschiedliche Meinungen über den Umgang mit der staatlichen Macht.

Kirche spielt in Zimbabwe eine große Rolle im Leben der Menschen, ca. 80% der Bevölkerung ist christlich geprägt. Viele sehen heute in der Kirche in Simbabwe einen letzten Freiraum für die Wahrung demokratischer Grundrechte. Die Gesetze zur Einschränkung der Versammlungs- und Meinungsfreiheit (POSA, AIPPA) gelten für die Kirchen nicht: ein Freiraum, den es zu nutzen gilt, der aber bisher viel zu wenig genutzt wird.

Dabei sind die Kirchen uneins über die Frage, wie sie mit dieser Verantwortung umgehen sollen. Auf der einen Seite steht der über die Landesgrenzen hinaus bekannte katholische Erzbischof von Bulawayo, Pius Ncube. Er ist seit Jahren ein sehr offener Gegner und Kritiker des Mugaberegimes, dem seine Bekanntheit mittlerweile auch einen gewissen Schutz garantiert. Pius Ncube ist aber nicht nur ein Mann klarer und scharfer Worte, er ist auch ein Mann der Tat, der beständig Menschen unterstützt, die der Verfolgung und dem Terror des Regimes ausgesetzt sind. In seinen Gottesdiensten bekommen Folteropfer Gelegenheit ihre Geschichte zu erzählen, um sich zu erleichtern und um das Bewusstsein zu schaffen für das Unrecht, das täglich geschieht. Aber es ist vor allem die Unterstützung hinter den Kulissen, die den Menschen ganz praktisch hilft.

Viele Kirchen in verschiedenen Teilen des Landes haben 2005 ihre Räume zur Verfügung gestellt, als quasi über Nacht landesweit ca. 750.000 Menschen (immerhin 6% der Bevölkerung) durch die ‚Operation Murambatsvina‘ obdachlos wurden und/oder ihre einzige Einkommensquelle verloren. Die Rolle der Kirche muss aber über die Sorge um das reine Überleben in der Gewährung von Asyl hinausgehen.

Es ist ein zähes Ringen zu beobachten über das Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Angesichts von Elend und Gewalt im Land bemühen sich die drei großen nationalen Bünde, der protestantische Kirchenrat (ZCC), die katholische Bischofskonferenz (ZCBC) und der Zusammenschluss der evangelikalischen Kirchen (EFZ) Kirchenbünde, seit Jahren um den Dialog mit der Regierung. Ihre Versuche, so die Politik zu beeinflussen, blieben bisher allerdings wenig erfolgreich!

Die Gespräche einer Dreiergruppe von Bischöfen der drei Kirchenbünde mit Präsident Mugabe fanden immer hinter verschlossenen Türen statt, wenig wurde bekannt über Inhalt und Ausgang. Diese mangelnde Transparenz hat innerhalb der Kirchen zu Skepsis und Vertrauensverlust geführt. Auch tun sich die drei Kirchenbünde oft schwer, zu gemeinsamen Stellungnahmen und Aktionen zu finden. Dabei haben die katholische und

die evangelikale Seite den zimbabwischen Kirchenrat, das eindeutig schwächste Glied in der Kette, meist mitziehen müssen.

Der ZCC hat sich häufig mit sehr späten und schwachen Stellungnahmen zu Wort gemeldet und ist damit weit hinter den Erwartungen der Kirchenbasis geblieben. Beispiele sind die letzten Parlamentswahlen und die ‚Operation Murambatsvina‘. Gerade nach dieser beispiellosen Vertreibungsaktion gegen die arme Bevölkerung konnte sich der ZCC nur zu einem halbherzigen Kommentar durchringen. Die schwache Rolle der ‚Amtskirche‘ ist ihrer Schwerfälligkeit und den stark hierarchischen Strukturen zuzuschreiben. Im ZCC (und ähnliches gilt sicher auch für ZCBC und EFZ) müssen sich alle Amtsinhaber (derzeit 42) auf eine gemeinsame Stellungnahme einigen und naturgemäß geht die politische Spaltung, die das Land kennzeichnet, auch durch die Kirchen.

Die Auseinandersetzung innerhalb der Kirchen um den Umgang mit dem Freiraum, den sie im Gegensatz zu den meisten anderen Akteuren der Zivilgesellschaft haben, geht um die entscheidende Frage, welcher Weg zu beschreiten ist: mit der Regierung oder in Opposition zur Regierung? Ein Mittelweg erscheint in der polarisierten Situation immer schwieriger und Kritik wird von der Regierung schnell genutzt, um alle in ein Freund/Feindschema zu pressen. Wann ist der Punkt erreicht, an dem Kompromisse zu groß werden und das Ergebnis zu gering? Was ist erreichbar **mit** der Regierung Mugabe? Oder ist es so wie Erzbischof Ncube sagt: mit dem Teufel kann man nicht verhandeln?

Die ‚Amtskirche‘ ist überzeugt, im Dialog mit der Regierung einen großen Schritt vorwärts gekommen zu sein. In einem Gespräch von Kirchenführern mit Präsident Mugabe im Mai 2006, dem ein recht kritischer Hirtenbrief vorausgegangen war, haben sie sich auf die Erstellung eines Wegweisers für ein zukünftiges Simbabwe eingelassen. Dieses Papier ‚Towards a National Vision‘ liegt nun vor und wurde Ende Oktober in einem Festakt mit Präsident Mugabe veröffentlicht. Positiv ist, dass sich die drei nationalen Kirchenbünde gemeinsam zu diesem Dokument bekennen. Es soll eine Einladung zum Dialog sein, ein Beitrag auf dem Weg zu einer Vision für ein Simbabwe von morgen. Zweifel gibt es an dem Prozess der Entstehung, der wenig transparent ist. Die kritischen Stimmen einer ‚Kirche von unten‘ sind nicht gefragt worden und nicht eingeflossen. Die viel beschworene Einheit der Kirche ist also brüchig.

Kritiker werfen den Amtskirchen vor, sich zum Handlanger des Regimes zu machen. In der Tat hat Mugabe bereits bei seiner Rede anlässlich der Veröffentlichung des Dokuments deutlich gemacht, dass er nicht bereit ist, die Verfassung zu verändern. Dies ist aus Sicht der Kirchen jedoch einer der Eckpunkte für einen demokratischen Wandel. Wie werden die Kirchen mit dieser Absage umgehen?

Man kann nur hoffen, dass dem Visionspapier auch Taten folgen werden und dass die Gesprächsbereitschaft von Präsident Mugabe nicht nur ein taktischer Schachzug zur Schwächung der kritischen kirchlichen Bewegung gewesen ist.

Die Amtskirche führt den Dialog vorrangig mit der Regierung, nicht aber mit den kritischen Stimmen innerhalb der Kirche und in der Zivilgesellschaft. Nicht zuletzt deshalb haben sich viele Menschen in der ‚Kirche von unten‘ zusammengefunden, die sich zunehmend formiert. Dazu gehören z.B. Pastoren auf dem Land und in städtischen Ballungsgebieten, die das tägliche Elend, den Terror und die Angst deutlich vor Augen ha-

ben. Viele Gruppierungen in verschiedenen Landesteilen haben sich im März 2006 zur ‚Christian Alliance‘ zusammengeschlossen, um sich besser vernetzen und koordinieren zu können.

Diese ‚Kirche von unten‘ geht den anderen Weg, nicht um der Opposition willen, aber um der deutliche Worte und Taten willen, die die ständigen Menschenrechtsverletzungen erfordern. Man könnte sie durchaus als eine Art ‚pressure group‘ bezeichnen und einige Beobachter gehen davon aus, dass es der Existenz dieser ‚Kirche von unten‘ zu verdanken ist, dass sich im Verhältnis von Kirche und Staat etwas zu bewegen scheint.

Zur Zeit braucht es die kritischen Stimmen von der Basis unbedingt. Beide Wege könnten sich ergänzen. Allerdings verkehrt die Führungsebene der Kirchen mit den Pastoren an der Basis nicht auf Augenhöhe. Vielmehr werden da hierarchische Verhältnisse betont und Konkurrenzdenken um Geldgeber greift Platz. Solange die Kräfte nicht gebündelt werden ist es umso wichtiger, dass die ‚Kirche von unten‘ gestärkt wird. Im Juli 2006 hat die Christian Alliance die ‚Save Zimbabwe Convention‘ einberufen, an der 500 Delegierte von Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, Studenten, der Oppositionsparteien, Frauenorganisationen und Kirchen teilnahmen. Auch hier wird eine ‚Road map to a new Zimbabwe‘ entworfen.

Ermutigend ist, dass die Zukunft in den Blick genommen wird, dass dies von einer breiten Gruppe getragen wird und dass die Kirchen hier eine wichtige Rolle für sich sehen.

Henrike Berger ist Länderreferentin für Zimbabwe beim Evangelischen Entwicklungsdienst.